

# der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 03 / 2016

www.spd-nuernberg.de

METROPOLREGION

## StUB als Chance

Gastbeitrag von Erlangens OB  
Dr. Florian Janik

Seite 6

INTERVIEW

## „Ein mutiges Engagement für ein soziales Europa.“

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen  
Gewerkschaftsbundes, im dsp-Interview

Seiten 4 und 5

inkl.  
4-seitiger Beilage

DEPESCHE  
der Stadtrats-  
fraktion

## Vorwort



Liebe Leserinnen  
und Leser,

die Integration der Flüchtlinge wird in den nächsten Jahren eines der zentralen Themen bleiben. Der Stadtrat hat in seiner Februar-Sitzung ein umfassendes kommunales Integrationsprogramm beraten und die Weichen richtig gestellt. Die Aufgabenfelder sind dabei vielfältig, zentral sind der Spracherwerb, Bildung, Arbeit und Wohnen. Bei den Beratungen ist aber auch deutlich geworden, dass dieses Projekt ein gesamtgesellschaftliches ist, das nur gelingen kann, wenn alle mithelfen: Unternehmen, Sozialverbände, Vereine, Kirchen und Religionsgemeinschaften, öffentliche Hand und natürlich auch die vielen ehrenamtlichen Helfer.

Ich denke aber auch: Wir müssen versuchen mit dieser Etikettierung als Flüchtling aufzuhören und die Menschen als das sehen, was sie nun größtenteils werden: Mitglieder unserer Stadtgesellschaft, Nürnbergerinnen und Nürnberger, die wie alle anderen auch ihren Platz in unserer Mitte suchen und teilhaben wollen am gesellschaftlichen Leben.

Euer

Thorsten Brehm

## Jahresempfang im historischen Rathaussaal

### SPD feiert Auftakt zum 150. Parteijubiläum



DGB-Chef Reiner Hoffmann sprach beim Jahresempfang der SPD Nürnberg

VON KATHARINA WAGNER

500 Gäste aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft waren der Einladung der SPD zum traditionellen Jahresempfang gefolgt und drängten sich im Historischen Rathaussaal. „Die SPD in Nürnberg feiert in diesem Jahr ihren 150. Geburtstag. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben über Jahrzehnte, ja Jahrhunderte hinweg diese Stadt maßgeblich geprägt und einen großen Beitrag dazu geleistet, dass unsere Stadt sozial, weltoffen und wirtschaftlich stark ist. Um es in einem Wort zu sagen: lebenswert“, unterstrichte Brehm in seinen einflussreichen Worten und betonte, dass sozialdemokratische Politik immer den Zusammenhalt in der ganzen Stadtgesellschaft im Blick hat.

„Morgen werde ich gehängt, schafft die Einheit!“ Diese Worte sagte Wilhelm Leuschner am Vorabend seiner Hinrichtung durch die Nazis und mahnte, dass sich die freie, demokratische Gewerkschaftsbewegung nie wieder spalten lassen dürfte. Und mit diesen Worten verdeutlichte Gastredner Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), wie wichtig es ist, das Prinzip der Einheit, auch die zwischen der SPD und den Gewerkschaften seit über 150 Jahren besteht, weiter zu pflegen. Hoffmann blickte auf die Soziale Frage im Jahre 1866 zurück. Damals entstanden Elendsquartiere in den Städten, geschuldet der Landflucht, da die Arbeiterinnen und Arbeiter sich in der Stadt Arbeit und ein besseres Leben erhofften. (weiter auf S.2)

(Fortsetzung von S.1)

Kinderarbeit und ein 18-Stunden-Tag standen auf der Tagesordnung. Nur durch die Zusammenarbeit der SPD und der Gewerkschaftsbewegungen zu dieser Zeit war es möglich, die sozialen Bedingungen der Menschen zu verbessern.

Auch heute ist es wichtig, eine ähnliche Situation zu verbessern, indem Parteien und Gewerkschaften auf Augenhöhe mit den Menschen im eigenen Land verhandeln. Dazu gehört die Aufklärung der Bevölkerung über die Umbrüche im Arbeitsmarkt. Hoffmann betonte auch, dass die Digitalisierung und Globalisierung als Gewinn gesehen werden sollen, sofern unsere Wertevorstellungen in das nächste, digitale und vernetzte Zeitalter übernommen werden. Der Schlüssel zum Erfolg liegt dabei in der Bildung. Denn in einer Zeit, in der Wissen bei steigender Produktivität immer geringer wird, misst sich der soziale Zusammenhalt auch an dem Bildungsgrad der Bevölkerung. Und eben dieser soziale Zusammenhalt ist die Voraussetzung dafür, dass Integration funktioniert.

Dazu gehört auch, den rechtspopulistischen Reden aus den EU-Ländern um



uns herum sowie im eigenen Land, Paroli zu bieten, denn eine Schließung der Außengrenzen beispielsweise würde langfristig nur zu erheblichen Wirtschaftseinbußen und somit zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen. Auch das sogenannte „Cherry picking“ (Rosinen herauspicken) einzelner EU-Länder muss aufhören. Die EU muss auf den Pfad von Wachstum und Investitionen zurückgeführt werden, denn einen labilen Staat können sich nur die Reichen leisten.

„Wir sehen, es gibt auch nach 150 Jahren noch einiges anzupacken. Lasst es



uns gemeinsam machen, mit Blick auf die Würde des Menschen!“ beendete Hoffmann seine Rede. ■



# Wie gelingt Integration in Mittelfranken?

## 160 Gäste bei Fachforum der SPD-Landtagsfraktion in Nürnberg

VON ANDREAS MITTELMEIER

„Wie kommen wir vom Krisen- in den Normalmodus und schaffen die Integration derer, die zu uns kommen?“, benannte Arif Tasdelen in seiner Begrüßung die zentrale Frage, mit der sich ein hochkarätig besetztes Fachforum auf Einladung der Bayern-SPD Landtagsfraktion auseinandersetzte. Über 160 Gäste hatten sich auf Einladung der mittelfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten im Karl-Bröger-Zentrum eingefunden. Schnell wurde klar: die Beteiligten in Mittelfranken sind bestens vernetzt und stellen sich den Aufgaben.

Der Präsident der Regierung von Mittelfranken, Dr. Thomas Bauer, betonte, dass sich die Unterbringungssituation in Mittelfranken derzeit entspannter darstellt als noch vor wenigen Monaten. Zudem wurden den Herausforderungen entsprechend neue Stellen für Verwaltung, Lehrkräfte und Asylsozialberatung zur Verfügung gestellt. Diese werden nach und nach besetzt.

hauptamtlichen und ehrenamtlichen Akteuren hervor.

Eine optimale Unterstützung für alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus, will Schulleiterin Gisela

Nürnberg bereits frühzeitig als zentrale Themen erkannt und angegangen. Innerhalb kurzer Zeit hat die Agentur mehrere Programme aufgelegt, die, laut Elsa Koller-Knedlik, der Vorsitzenden der Geschäftsführung, bereits sehr gut angenommen werden.



von links: Arif Tasdelen, Harry Scheuenstuhl, Dr. Thomas Bauer, Helga Schmitt-Bussinger, Elisabeth Reichert, Angelika Weikert, Elsa Koller-Knedlik, Gisela Schlenk

Schlenk von der Berufsschule 5 in Nürnberg erreichen. Das erstmals in Nürnberg umgesetzte Modell der Berufsin-

### Nach dem 100 Meter-Lauf kommt der Marathon

Angelika Weikert, die als Moderatorin durch die Podiumsdiskussion führte, bedankte sich bei den Beteiligten für ihre ehrlichen Statements. Integration braucht Zeit und Geld. Die bisher unternommenen Schritte stimmen optimistisch, dass die Aufgaben in Mittelfranken in Zukunft gemeistert werden. „Von der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Sozialarbeit und Arbeitsmarktprogrammen müssen alle Bevölkerungsgruppen profitieren“, so Angelika Weikert.

Die Teilnehmer stellten unter Beweis, dass Sachlichkeit im Umgang mit der Thematik der richtige Weg ist. So kann man rechten Parolen und Umtrieben entschieden entgegentreten.

In ihrem Schlusswort sagte Helga Schmitt-Bussinger den Anwesenden die Unterstützung der mittelfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten bei der Bewältigung der Herausforderungen zu. ■



Auf kommunaler Ebene wird mit Hochdruck in den Bereichen Unterbringung und Wohnungsbau, schulische Bildung und Arbeitsmarktintegration gearbeitet. Hierfür hob Elisabeth Reichert, Sozialreferentin der Stadt Fürth, die Bedeutung guter Netzwerkarbeit zwischen

Integrationsklassen hat sich seit seiner Einführung zu einem deutschlandweit beachteten Vorbild entwickelt.

Spracherwerb und die rasche Integration in Arbeit und Berufsausbildung wurden von der Agentur für Arbeit in

# „Ein mutiges Engagement für ein soziales Europa.“

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, im dsp-Interview

*Lieber Herr Hoffmann, stellen Sie sich unseren Lesern doch bitte kurz vor.*

Ich bin geborener Wuppertaler und seit 1972 leidenschaftlicher Gewerkschafter. Damals bin ich in die IG Chemie Papier Keramik eingetreten, die heutige IG BCE, und parallel in die SPD. Ich habe lange Zeit auf europäischer Ebene gearbeitet, beim Europäischen Gewerkschaftsinstitut, dem Europäischen Gewerkschaftsbund und der Hans-Böckler-Stiftung, und bin dadurch ein ebenso leidenschaftlicher Europäer. Im Mai 2014 bin ich zum Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt worden.

*Wie beurteilen Sie die Arbeitsmarktpolitik von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und der SPD?*

Mit dem Mindestlohn, der 2015 in Kraft trat, der Rente mit 63 und der Mütterrente sind – dank der Sozialdemokraten – wesentliche Forderungen der Gewerkschaften in der Großen Koalition umgesetzt worden. Wir haben hier mit Andrea Nahles eine engagierte Arbeitsministerin, die sich tatkräftig eingesetzt hat. Dass in einer großen Koalition trotzdem nicht alle Details unseren Forderungen entsprechen, gehört dazu. So wird die Mütterrente derzeit über die Beiträge finanziert. Es handelt sich aber dabei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deswegen drängen wir – auch jetzt noch – auf die Steuerfinanzierung. Und es sind bei weitem noch nicht alle Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung umgesetzt. So wird derzeit innerhalb der Großen Koalition ein Gesetz diskutiert, wie der wachsende Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen endlich verhindert werden kann. Dazu gibt es erste Überlegungen, die aus unserer Sicht allerdings nicht ausreichen. Weitere Baustellen in der Arbeitsmarktpolitik sind die Digitalisierung und deren Folgen wie ständige

Erreichbarkeit, zunehmender Stress und Verdichtung von Arbeit. Das sind zusätzliche Belastungen im Arbeitsleben. Hinzu kommt das Entstehen von Branchen, deren Geschäftsgrundlage schlicht auf Ausbeutung beruht, wie die Vermittlungsportale für Dienst-



DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann  
(Foto: DGB/Christoph Michaelis)

leistungen oder die Clickworker, die für Cent-Beträge arbeiten. Hier brauchen wir neue Regeln, wenn wir ein digitales Proletariat verhindern wollen – und das wollen wir!

*Seit gut einem Jahr gilt der gesetzliche Mindestlohn. Wie fällt Ihre Bilanz aus? Wo muss nachgebessert werden?*

Entgegen aller Cassandra-Rufe, dass damit flächendeckend Jobs verloren gehen würden, war die Einführung des Mindestlohns ein arbeitsmarktpolitischer Meilenstein. Seit einem Jahr profitieren rund 3,6 Millionen Menschen von der gesetzlichen Lohnuntergrenze. Und laut Statistischem Bundesamt kommt der Mindestlohn genau dort an, wo die Löhne am nied-

rigsten waren: bei Ungelernten und Beschäftigten in Dienstleistungsbranchen, vor allem in Ostdeutschland. Bundesweit konnten Ungelernte im Schnitt ein Lohn-Plus von 3,3 Prozent verbuchen, in den ostdeutschen Bundesländern sogar neun Prozent. Was fehlt, sind engmaschigere Kontrollen, ob er auch eingehalten wird. Das ist nicht nur deshalb ein Problem, weil bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit Personal dafür fehlt, sondern auch, weil die Dokumentationspflichten bei der Arbeitszeit auf Druck der Union und mancher Arbeitgeber aufgeweicht wurden.

*Mit der Neuregelung der Leiharbeit und der Eindämmung des Missbrauchs bei Werkverträgen wird das nächste arbeitsmarktpolitische Großprojekt angegangen. Wie stehen Sie zu den aktuellen Plänen? Was entgegnen Sie denen, die in diesem Gesetzesvorhaben eine Gefahr für Beschäftigung und Wohlstand sehen?*

Die Vorschläge, die es gibt, reichen nicht aus, um den Missbrauch zu verhindern. Um nur ein Beispiel zu nennen: Bei der Leiharbeit ist es zentrale Forderung der Gewerkschaften, dass die maximale Einsatzdauer eines Leiharbeiters von geplant 18 Monaten – und das ist schon lang – sich nicht auf den Arbeitnehmer bezieht, sondern auf den Arbeitsplatz. Sonst wird nach 18 Monaten der Arbeitsplatz einfach immer wieder neu mit einem Leiharbeiter besetzt. Genau das wollen wir verhindern: Dass ein Arbeitsplatz langfristig zum schlechter bezahlten Leiharbeitsplatz umgewandelt wird. Und bei den Werkverträgen brauchen wir klare Kriterien, was genau ein Werkvertrag, und was missbräuchliche Scheinselbstständigkeit ist, sowie mehr Informations- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte. Die These der Arbeitgeber, dass die-

ses Gesetz Gefahr für Beschäftigung bedeutet, ist schlicht falsch. Andersherum wird ein Schuh daraus: Wenn wir zulassen, dass Leiharbeiter und Werkvertragsbeschäftigte systematisch eingesetzt werden, um Löhne zu drücken, birgt das Gefahr für Beschäftigung und Wohlstand, weil immer mehr Stammarbeitsplätze in prekäre Jobs mit niedrigeren Löhnen umgewandelt werden. Um es klar zu sagen: Wir haben nichts gegen Leiharbeit und Werkverträge, aber sie dürfen nur dort und so eingesetzt werden, wie sie auch ursprünglich geplant waren: Die Leiharbeit für zeitlich befristete Auftragsspitzen, und Werkverträge für hoch spezialisierte Aufgaben, wie

*sensvertretern dabei zu? Welche Instrumente benötigen sie, um bei der Bewältigung dieser Aufgabe optimal mitwirken zu können?*

Der DGB hat gerade erst eine Allianz mit neun großen zivilgesellschaftlichen Partnern gegründet, die „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat - gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“. Da sind die beiden großen Kirchen, die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, der Zentralrat der Juden und der Koordinationsrat der Muslime, die Wohlfahrtsverbände, der Deutsche Olympische Sportbund und der Naturschutzring dabei. Alle Allianzpartner setzen sich für die Integration von Flüchtlingen und gegen Rechtspopulisten ein, stellen aber auch klare Forderungen auf, welche Bedingungen dafür erfüllt sein müssen. Jeder Allianzpartner macht sich in seinem Bereich für diese Ziele stark. Bei uns sind das Gewerkschafter in Betrieben, aber auch außerhalb. In den

*ein Thema, das Ihrer Ansicht nach stärker in den Fokus gerückt werden müsste?*

Diese Frage – die Integration von Flüchtlingen – wird uns sicher das ganze Jahr in vielen Facetten begleiten. Aber es gibt weitere Themen, die dringend in den Vordergrund gehören: Vielen Beschäftigten droht die Altersarmut, wenn bei den Renten nichts passiert. Dazu werden wir gemeinsam mit unseren Gewerkschaften eine Kampagne starten. Wir werden die fehlenden Investitionen in der öffentlichen Infrastruktur und Personal thematisieren, weil die Herausforderungen, die vor uns liegen, einen starken, handlungsfähigen Staat brauchen. Wir müssen und wollen deutlich machen, dass Entwicklungen wie die Digitalisierung nur zu bewältigen sind, wenn es eine gesellschaftliche Bildungsstrategie gibt – und wenn wir über Fragen, die sich aus der Digitalisierung ergeben, wie Arbeitszeiten, diskutieren und Lösungen finden. Es läuft bereits unsere „Offensive Mitbestimmung“, denn egal, ob es um Integration geht, ob um eine alternde Belegschaft oder um Digitalisierung: Die Beschäftigten müssen mitgenommen werden, dafür brauchen wir eine starke Mitbestimmung. Es gibt also genug zu tun, dieses Jahr und darüber hinaus.



Reiner Hoffmann sprach beim Jahresempfang der SPD Nürnberg  
(Foto: André Karambatsos)

zum Beispiel eine IT-Betreuung oder die Wartung einer Produktionsanlage. Wenn aber in der Schlachtindustrie Leiharbeiter oder Werkvertragsbeschäftigte massenhaft und langfristig zentrale Aufgaben übernehmen, die das Kerngeschäft darstellen, oder, anderes Beispiel, in einem Krankenhaus immer mehr Werkvertragsfirmen Arbeit rund um Patienten erledigen, wie sie fahren, dann läuft da was gewaltig schief. Völlig abstrus wird es, wenn im Güterverkehr auf der Schiene immer mehr Werkvertragsarbeitnehmer beschäftigt werden.

*Die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen wird eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre. Welche Rolle kommt den betrieblichen Interes-*

Betrieben setzen sich sehr viele Betriebs- und Personalräte bereits jetzt für die Integration ein – ob mit Betriebsvereinbarungen, ob mit direkter Unterstützung bei Praktika oder beim Start in den Beruf. Arbeit ist der Integrationsfaktor schlechthin, denn wer sich kennenlernt, baut Vorurteile ab. Ganz zentral ist dafür, dass Geflüchtete oder auch Zuwanderer in den Betrieben nicht gegen andere Beschäftigte ausgespielt werden – zum Beispiel durch Ausnahmen beim Mindestlohn oder durch die Absenkung anderer Standards bei den Arbeitsbedingungen. Damit spaltet man Belegschaften – das geht gar nicht.

*Welche thematischen Schwerpunkte will der DGB in diesem Jahr setzen? Gibt es*

*Zum Abschluss: Welche Wünsche, Erwartungen und Forderungen haben Sie an die Politik, speziell an die SPD?*

Ein beherztes und mutiges Engagement für ein soziales Europa. Gemeinsame Anstrengungen zur Gestaltung des technologischen Wandels. Gute Arbeit in einer digitalisierten Zukunft wird nur zu realisieren sein, wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Mit ihrem Grünbuch „Arbeit 4.0“ hat die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles einen ersten wichtigen Beitrag geleistet. Nun kommt es darauf an, praktische Projekte zur Humanisierung von Arbeit 4.0 zu mehr Mitbestimmung und besserer Bildung über die gesamte Erwerbsbiografie zu entwickeln. ■

## „Arbeitskreis Gegen Rechts“ stellt sich neu auf

Motto: „Anbandeln gegen Rechtsextremismus“

VON MICHAEL ZIEGLER

2007 wurde der „Arbeitskreis Gegen Rechts“ der SPD Nürnberg neu gegründet. Anlaß war damals eine Nazi-Demo am 1. Mai. Das seit 2009 jährlich wiederkehrende „Fest der Demokratie und Befreiung - Nürnberg ist BUNT“ am 20. April wurde vom AK der SPD initiiert und auch 2016 wieder gefeiert. Nach knapp neun Jahren gab Michael Ziegler seine Sprecherposition ab. Einer der neuen Sprecher ist nun Rüdiger Löster. Dieser hatte aufgrund seines großen Engagements gegen Rechtsextremismus vor kurzem zusammen mit anderen Mitstreitern Morddrohungen erhalten. Dass Rüdiger nun als Sprecher fungiert, sehen wir als wichtiges Zeichen nach außen, vor allem den Nazis gegenüber. Auch die Jusos bringen sich deutlich ein. Canan Candemir und Thera Nöth sind künftig die beiden weiteren Spre-



Sie bandeln an gegen Rechts: die neuen Sprecher des Arbeitskreises (v.l.n.r.) Rüdiger Löster, Theresa Nöth und Canan Candemir übernehmen das rote Band von AK-Gründer Michael Ziegler.

cherinnen. Sie setzen sich, ebenso wie Rüdiger, seit vielen Jahren gegen Rassismus und neue wie alte Nazis ein. Michael Ziegler bleibt dem erweiterten Team erhalten. So wird er das Fest

am 20. April weiterhin für die SPD organisieren. Ein Schwerpunktthema wird 2016 die Erinnerungskultur sein und warum diese gerade heute wichtig ist. ■



MEHR MITEINANDER FEIERN.

# 150 JAHRE SPD - DAS GEBURTSTAGSFEST

SAMSTAG 17. SEPTEMBER 2016 AB 14 UHR

FESTZELT VOR DEM KARL-BRÖGER-ZENTRUM

Das große Fest mit der Frankenband, Geraldino, den Golden Girls, Hilde Pohl, einer Feuershow am Boden sowie einer Aftershowparty mit Brak'Lul. Und natürlich vielen weiteren Highlights und Überraschungen.

WWW.SPD-NUERNBERG.DE



SPD

## RATHAUS DEPESCHE

AUSGABE NR. 153

MÄRZ 2016

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite oder auf der Facebook-Seite der SPD Nürnberg.

## VORWORT

**Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,** wenn im öffentlichen Raum Unternehmen Aufgrabungen zum Verlegen oder Erneuern ihrer Leitungen (z.B. Strom, Gas, (Ab-)Wasser) durchführen, bleibt oft ein Flickenteppich. Denn nicht in jedem Fall kann der Belag sofort wieder hergestellt werden, oder lohnt sich dies, weil z.B. weitere Aufgrabungen anstehen, oder aus fachlichen Gründen gewartet werden muss, bis sich der Boden wieder genügend abgesenkt hat. Die Provisorien in der Zwischenzeit sind allerdings oftmals unschön und beeinträchtigen das Stadtbild. Zu Recht stehen sie deshalb in der Kritik der Bürgerinnen und Bürger.

Wir freuen uns, dass nun unser Bürgermeister Christian Vogel angekündigt hat, dass SÖR gemeinsam mit der N-Ergie drei bis vier Pilotmaßnahmen im Gehwegbereich startet, um auch größere Oberflächen nahtlos an die Spartenverlegung herzustellen und dabei Provisorien weitgehend zu vermeiden. Ab 2017 soll dies - soweit möglich und sinnvoll - die Regel werden. Parallel dazu wird an der Ausweitung dieser Praxis auf den Fahrbahnbereich gearbeitet. Verglichen mit

der immensen Herausforderung der Sanierung der drei Hafibrücken, nimmt sich das Problem eher gering aus – auch hier haben wir es mit Baumaßnahmen zu tun, allerdings in einem ganz anderen Umfang: Im letzten Jahr musste der Stadtrat den Abriss und Neubau der Brücken, welche stark rissgefährdet sind, beschließen.

Es zeigt sich: Unsere Infrastruktur altert und die Kosten für den Erhalt sind enorm, geschätzte 137 Mio. Euro müssen allein in die Hafibrücken investiert werden. Wie andere Kommunen auch, fordern wir deshalb eine Beteiligung von Bund und Ländern an diesen Kosten. Steuerrekorderinnahmen auf der einen Seite, klamme Kommunen auf der anderen. Hier muss dringend eine Entlastung vorgenommen werden!

Herzliche Grüße



Lorenz Gradl  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender



## STADTRAT DISKUTIERT SICHERHEITSLAGE UND MASSNAHMENPAKET INTEGRATION

Nürnberg ist und bleibt eine der sichersten Großstädte Deutschlands. Das ist das Fazit aus der Sicherheitsdiskussion des Stadtrates. Im Januar berichteten dort Vertreter der Polizei und des Ordnungsamtes zur Sicherheitslage in Nürnberg und über die Übergriffe in der Silvesternacht. Sie betonten, dass die Situation in Nürnberg nicht mit Köln vergleichbar gewesen sei. Von Massenangriffen könne man nicht sprechen. Rund um die Flüchtlingsunterkünfte seien keine Auffälligkeiten zu vermelden. In den Unterkünften selbst gebe es immer wieder Einsätze; die große Zahl der Einsatzkräfte bei solchen Einsätzen solle vor allem größeren Konflikten vorbeugen. Über die Fraktionsgrenzen hinweg herrschte Einigkeit, dass Maß-



nahmen zur Alltagsorientierung geschaffen werden sollen und Beschäf-

tigungsmöglichkeiten Frust in den Not-Unterkünften vorbeugen können.

Zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls wird die Polizei bei Großveranstaltungen mehr Präsenz zeigen. Im Februar stellte die Verwaltung das

vom Stadtrat im September in Auftrag gegebene Maßnahmenpaket zur Integration vor. Dieses zeigt alle Aufgabenfelder auf: Vom Spracherwerb, über Bildung, Arbeitsmarkt und Wohnen bis hin zu Gesundheitswesen, Kultur und Freizeit sowie der Stärkung des Ehrenamts und der Kommunikation. All diese Aufgabenfelder sind jeweils mit einer Vielzahl konkreter Maßnahmen quer über alle Verwaltungsbereiche hinweg, hinterlegt. Es zeigt deutlich, dass wir nicht bei null anfangen, sondern schon sehr vieles läuft und wir in Nürnberg Integration können. Derzeit wird z.B. ein Programm zur Alltagsorientierung in Deutschland entwickelt, welches ein respektvolles **(weiter auf S. 2)**

**(Fortsetzung von S. 1)**

Miteinander vermitteln soll. Jetzt gilt es vor allem für systematische Zugänge zu sorgen, damit die vielen Angebote auch möglichst alle erreichen. Wir wollen deshalb, dass sich die Stadt für die bundesweit ausgeschriebenen Koordinatorenstellen bewirbt. Erneuert wurde auch der Dank an die vielen Ehrenamtlichen, die durch eine geplante Stabstelle „Bürgerschaftliches Engagement“ noch besser unterstützt werden sollen. Um verschiedene Gruppen nicht gegeneinander auszu-

spielen und weil es darum geht, Sozialpolitik für alle zu machen, werden derzeit erste Projektansätze erprobt, wie Angebote für Neuzugewanderte mit Angeboten für andere Benachteiligte verknüpft werden können. Nicht zuletzt aufgrund der Demonstrationen gegen Flüchtlinge, auch in Nürnberg, der bundesweiten Zunahme an Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte, oder auch des massiven Problems des Hasses im Netz z.B. bei Facebook, gilt es das weitere gute Zusammenleben der Stadtgesellschaft zu fördern. Wir

wollen deshalb, dass in Fortsetzung des Labels „Nürnberg hält zusammen“ eine stadtweite Kampagne entwickelt wird, die alle auffordert, sich aktiv an einem guten Zusammenleben in der Stadt zu beteiligen.

Das gesamte Maßnahmenpaket kann hier abgerufen werden:

<https://online-service2.nuernberg.de/Eris/MeetingPanel/proceed?meetingId=4283&action=selectAgendaItem&agendaItemId=55664>



Weitere Informationen: Dr. Anja Pröhl-Kammerer und Dr. Ulrich Blaschke; [spd@stadt.nuernberg.de](mailto:spd@stadt.nuernberg.de)

## UMB AU UND SANIERUNG DER FEUERWEHRGERÄTEHÄUSER UND AUFBAU EINES SIRENENNETZES

Der Stadtrat hat einstimmig beschlossen, die Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr umzubauen bzw. zu sanieren, da die Überprüfung der insgesamt 18 Wehren veraltete Gerätehäuser, schlechte Sanitärausstattungen und andere Unzulänglichkeiten zu Tage gebracht hat. Der

Investitionsplan aufgenommen und realisiert werden. Allerdings laufen auch Gespräche, ob zumindest die Gerätehaus-Neubauten in Öffentlich-Privater Partnerschaft (ÖPP) errichtet werden können, was nicht nur die unmittelbaren Investitionskosten deutlich sinken lassen

die Stadt private Grundstücke ankaufen, beziehungsweise pachten. Die drei anderen Neubauten können auf städtischen Liegenschaften entstehen. Für die Freiwillige Feuerwehr Gartenstadt entsteht ein zweigeschossiger Neubau auf dem bestehenden Areal im Anschluss an die Fahrzeughalle. Alle anderen Umbau- und Sanierungsprojekte sollen gemäß ihrer Dringlichkeit an die Reihe kommen. Der Stadt liegen die Freiwilligen Feuerwehren sehr am Herzen, denn die 640 Ehrenamtlichen sind in Sachen Feuerschutz eine tragende Säule in Nürnberg.



Gesamtkostenrahmen beläuft sich auf ca. 15 Mio Euro zuzüglich notwendiger Grunderwerbskosten und eventueller notwendiger Erschließungskosten.

Die Kosten sollen über 12 Jahre verteilt ab 2018 in den Mittelfristigen

Investitionsplan aufgenommen und realisiert werden. Allerdings laufen auch Gespräche, ob zumindest die Gerätehaus-Neubauten in Öffentlich-Privater Partnerschaft (ÖPP) errichtet werden können, was nicht nur die unmittelbaren Investitionskosten deutlich sinken lassen könnte sondern auch den vorgesehenen Zeitrahmen für die Umsetzung des Gesamtprogramms. Die fünf Wehren Buch, Laufamholz, Eibach, Fischbach und Katzwang werden nach und nach neue Gerätehäuser jeweils an neuen Standorten erhalten. Für Buch und Laufamholz muss

Des Weiteren wurde im Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit beschlossen, ein flächendeckendes Sirennennetz zur Warnung der Bevölkerung und Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehren einzurichten. Die Umsetzung der Maßnahme soll im Jahre 2017 beginnen und in den Folgejahren zügig fortgesetzt werden. Die Freiwilligen Feuerwehren werden nach der Errichtung der Anlagen für den Betrieb und Unterhalt des Sirennennetzes verantwortlich sein.

Weitere Informationen: Anita Wojciechowski; [anita.wojciechowski@spd-nuernberg.de](mailto:anita.wojciechowski@spd-nuernberg.de)



**MASSNAHMEN FÜR KOMMUNALINVESTITIONSPROGRAMM BESCHLOSSEN: MEHR BARRIEREFREIHEIT**

3,5 Milliarden Euro stellt der Bund in einem Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ finanzschwachen Gemeinden in den nächsten drei Jahren zur Verfügung, um deren Investitionsfähigkeit zu stärken.

Auf Bayern entfällt dabei ein Anteil von 289,24 Millionen Euro, für die die Kommunen nun Projekte einreichen können. Rund 8 Millionen könnten dabei der Stadt Nürnberg zufließen. Gefördert werden sollen vor allem Projekte zur Barrierefreiheit und energetische Sanierungen. Ende Januar entschied der Stadtrat über die Maßnahmen, die die Stadt Nürnberg bei der Regierung von Mittelfranken zur Förderung einreicht. Die von der Verwaltung vorgelegte Liste enthält eine Reihe von Verbesserungen für die Barrierefreiheit in Nürnberg.



So werden Mittel beantragt, um auf dem Bahnhofsvorplatz die beiden Bahnsteige A und B auf der Mittelinsel barrierefrei zu machen. Damit wird

eine langjährige Forderung der SPD-Fraktion endlich umgesetzt. Nachdem auf Drängen der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuss letztes Jahr ein Vorrangnetz mit 160 Haltestellen beschlossen wurde, werden nun im Kommunalinvestitionsprogramm auch Mittel für den barrierefreien

Ausbau von 20 Bushaltestellen beantragt - ein weiterer wichtiger Schritt hin zu dem ambitionierten Ziel, alle Haltestellen in der Stadt Menschen mit Handicap zugänglich zu machen. Auch die eingereichten Umbauten zur Barrierefreiheit in Ämtergebäuden sind ein wichtiges Zeichen. Wir wissen, dass Maßnahmen wie der barrierefreie Zugang zum Einwohneramt oder auch zum Bürgeramt Ost in Fischbach vor Ort schon lange herbeigeseht wurden. Wir sind darum froh, dass wir nun mit der finanziellen Hilfe des Bundes die Realisierung in Angriff nehmen können.

Vorgesehen sind auch einige energetische Sanierungen, z.B. bei der Kunsthalle, bei der Kita in der Julius-Leber-Str. und im Pirckheimer Gymnasium.

Weitere Informationen: Yasemin Yilmaz, Mitglied des Verkehrsausschusses; [yasemin.yilmaz@spd-nuernberg.de](mailto:yasemin.yilmaz@spd-nuernberg.de)



**AUGUST-MEIER-HEIM: WEICHENSTELLUNG FÜR EINEN NEUBAU AM (FAST) ALTEN PLATZ**

Lange gab es Diskussionen um die Zukunft des August Meier Heims an der Regensburger Straße. Dieses ist sanierungsbedürftig und in einem denkmalgeschützten Gebäude an der Regensburger Straße untergebracht, was hohe Auflagen und damit hohe Baukosten mit sich bringt.

Ein Architekturwettbewerb zur Sanierung des Heimes brachte tolle Entwürfe, die jedoch für die Stadt nicht finanzierbar waren. Für einen Verkauf des Geländes gabes zunächst keine Interessenten. Der Boom auf dem Wohnungsmarkt brachte nun die Wende. Mehrere Investoren würden gerne die bestehenden Gebäude zu Wohnein-

heiten umbauen und möglichst auch noch neue Wohnbebauung auf dem Gelände schaffen. Gleichzeitig könnte die Stadt von dem Erlös auf einem freien Teil des Geländes ein neues, refinanzierbares Pflegeheim errichten. Der Bedarf an Pflegeplätzen in Nürnberg ist stark steigend.

Die Quartiersentwicklung an der Regensburger Straße durch geplanten Wohnungsbau westlich und östlich des jetzigen August-Meier-Heims, Verbesserung der Infrastruktur und dem Entstehen neuer Arbeitsplätze dort schafft ideale Voraussetzungen für die Integration eines neuen Heimes. Deshalb hat nun der Werkaus-

schuss Nürnberg Stift in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, die Stadt zu beauftragen ein Bebauungsplanverfahren zur Umwidmung des Geländes August-Meier-Heim zu wohnbaulichen Zwecken einzuleiten. Der denkmalgeschützte Bereich soll veräußert werden. Gleichzeitig soll auf einem freien Teil des Geländes ein Neubau des August-Meier-Heims mit 120 stationären Plätzen und 10% Tagespflegeplätzen entstehen.

Wir freuen uns über dieses einstimmige Bekenntnis auch zur Zukunft der Heime in kommunaler Verantwortung in Nürnberg.

Weitere Informationen: Sonja Bauer; [sonja.bauer@spd-nuernberg.de](mailto:sonja.bauer@spd-nuernberg.de)



## STREET ART IN NÜRNBERG

Die SPD-Stadtratsfraktion sieht Street Art als eine besondere Ausdrucksform von Stadtgestaltung und Jugendkultur, die das lebendige Nürnberg widerspiegelt. Die Street Art, auch Urban Art genannt, hat sich seit den 70er Jahren zu einer facettenreichen und anerkannten Kunstform entwickelt, welche auch in einer Großstadt wie Nürnberg anzutreffen ist. Man versteht darunter z.B. das klassische Graffiti, aber auch Stencils, bei denen mittels Schablonen Kunst aufgesprüht wird, aber auch großformatige Wand- und Bodengemälde oder Skulpturen und Performances.

Es gibt viele positive Erfahrungen bei Workshops mit Künstlern, Kin-

dern und Jugendlichen. Im Z-Bau ist Deutschlands erste Graffiti-Akade-



mie beheimatet, wo pädagogisch konzipierte Workshops nun ständig und nicht nur mobil und punktuell angeboten werden können.

Zur Stärkung dieser Kunstform soll geprüft werden, welche Fördermöglichkeiten es für Künstler im öffentlichen Raum gibt. Möglicherweise gibt es geeignete städtische Flächen, die für Street Art zur Verfügung gestellt werden können. Auch die Ideen, zusätzliche Flächen z.B. durch mobile Wände für Festivals oder in den Stadtvierteln zu schaffen, sind denkbar. Ein weiteres Anliegen ist die engere Verknüpfung mit den etablierten Kultureinrichtungen in Nürnberg, wie z.B. dem Fembohaus.

Ziel ist es, diese Kunstform für jedermann im Stadtgebiet frei zugänglich und unmittelbar erfahrbar zu machen.

Weitere Informationen: Eva Bär, Mitglied des Kulturausschusses; [eva.baer@spd-nuernberg.de](mailto:eva.baer@spd-nuernberg.de)



## SPLITTER AUS DEN STADTEILEN

**ALMOSHOF/THON:** Der Stadtrat beauftragte die Verwaltung kurzfristig den Bau einer Querungsinsel und/oder Verengung am Schnepfenreuther Weg zu prüfen, um den Verkehr während der Straßenbahnbaustelle zu reduzieren und zu entschleunigen.

**NÜRNBERG:** Auf Antrag der SPD-Fraktion berichtet die Verwaltung über die derzeitigen Park & Ride-Anlagen, empirisch untermauert und über die Möglichkeiten für eine konzeptionelle Weiterentwicklung des Systems. Im **Personal- und Organisationsausschuss** wurde die WLAN-Nutzung für Besucher bei Stadtrats- und Ausschusssitzungen positiv beraten. Die Verwaltung wurde beauftragt, die

technischen Voraussetzungen für eine kostenlose Nutzung der Datenverbindung über WLAN zu schaffen. Bis zur Realisierung kann als Zwischenlösung für Besucherinnen und Besucher in der Nähe des Sitzungssaales der vorhandene Hotspot der Telekom genutzt werden. Entsprechende Voucher mit dem Zugriffscode sind beim jeweiligen Sitzungsdienst erhältlich. In einer gemeinsamen Sitzung des **Jugendhilfe- und Gesundheitsausschusses** wurde auf Antrag der SPD die Vernetzung von Arbeitsvermittlung und Gesundheitssystem bei Jugendlichen diskutiert. Dabei war insbesondere das von Jobcenter und Klinikum seit 2012 durchgeführte Projekt SUPPORT 25 von Interesse, welches die Integra-

tionswahrscheinlichkeit von auffällig gewordenen Jugendlichen um ein Zweifaches erhöht. Das Projekt wird derzeit auch auf den Erwachsenenbereich ausgeweitet.

**DIE STADTRATSFRAKTION BESUCHTE:** Neujahrsempfänge im Montessori-Zentrum Nürnberg, Vorstadtvereine, Kirchen, bei der Deutschen Bank, Stadtverband der Kleingärtner, Nürnberger Schulen +++ Tag des verfolgten Anwalts +++ Kongress zu Fußball und Menschenrechte +++ Glasgow Weekend 2016 +++ Faschingsveranstaltungen +++ Vernissage im Rahmen des Galerie-Opening +++ Spielwarenmesse +++ Bildungsbeirat +++ Offenes Forum Familie

# Gespräche untereinander für ein besseres Miteinander!

## Aufklärung über Menschen und ihre Lebensweisen

VON KATHARINA WAGNER

Thorsten Brehm hieß am 18. Februar 2016 die Mitglieder des Parteiausschusses um 18 Uhr willkommen und betonte dabei, wie wichtig es in der heutigen Zeit, ist miteinander ins Gespräch zu kommen. In einer Zeit, in der Tausende Menschen mit der Hoffnung auf ein besseres und vor allem, aus Angst um ihr eigenes Leben ihr Heimatland verlassen müssen, ist der Schlüssel zur Integration vor allem Aufklärung – über die Menschen die kommen und ihre Lebensweisen, aber auch über die, die hier bereits leben, damit der Asylsuchende sich eingliedern kann.

Dazu waren am Donnerstag zwei Gäste aus Syrien geladen. Fatima ist seit Mai 2015 in Deutschland. In Syrien, erzählt sie, war sie gerade im Studium, als ihr immer mehr klar wurde, dass es in ihrem Land keine Zukunft für sie geben würde. Verwandte die bereits in Deutschland lebten, erklärten ihr, dass sie in Deutschland eine Perspektive hätte. Also flüchtete sie - vor Assad und seiner Diktatur. Ihr Weg war sehr beschwerlich. Über den Libanon, Türkei, Griechenland, Mazedonien, Serbien und schließlich Ungarn gelangte sie hierher. Fatima erzählt den Mitgliedern des PA außerdem, dass sie hier sehr herzlich empfangen wurde. Zwar gab es auch einige negative Erlebnisse, allerdings überwiegt die Hilfsbereitschaft und Gastfreundlichkeit der Nürnberger und im Vergleich zu allen arabischen Ländern fühlt sie sich hier sicher und vor allem gleichberechtigt. Zurzeit besucht sie einen Sprachkurs in der Schule. Danach hilft sie meist der Mutter im Haushalt oder ihren Geschwistern beim Lernen. Am Abend schließlich widmet sie sich nochmals ihrem Deutschkurs, damit sie schnell und erfolgreich ihren Abschluss schafft, denn eines ist für sie sicher: Ein erfülltes Leben wird sie sich nur in Deutschland aufbauen können. Auch Hasim, Apotheker in Syrien, hat

eine ähnlich gefährlich Reise hinter sich. Er erzählt von seiner eigenen Apotheke in Syrien, die nun zerstört ist und erklärt, dass der Diktator alle jungen Männer zum Militärdienst einzieht, um seine Dienerschaft zu vergrößern. Teilweise, erklärt er, gibt es ganze Städte in denen keine Männer mehr zu sehen sind. Auch Hasim berichtet von der Gastfreundlichkeit, die er erlebt hat und hofft sich hier in Nürnberg irgendwann vielleicht wieder eine eigene Apotheke aufbauen zu können. Einen „Kulturschock“ gab es für beide Ankömmlinge jedoch nicht, wie sie erklären. Ihnen sei sehr wohl bewusst, wie

man respektvoll miteinander umgeht, egal ob es sich dabei um Mann oder Frau handelt. Und Verfehlungen einzelner Menschen diesbezüglich, haben nichts mit der Einstellung einer ganzen Bevölkerung gemein, betonen beide.

Eines ist jedoch allen klar: solange der Krieg in Syrien nicht beendet ist, gibt es für Fatima, Hasim und Millionen anderer, junger Menschen keine gesicherte Zukunft in ihrer Heimat. ■

Anmerkung: Die Namen der Gäste wurden zu ihrem Schutz geändert.

### Am 13. März wählen die Menschen mit Migrationshintergrund den neuen Integrationsrat.

Dieses Gremium vertritt die Interessen der Zugewanderten in Nürnberg. Wahlberechtigt sind alle, die eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen oder besessen haben. Das gilt auch, wenn sie jetzt (auch) die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Wahlberechtigt sind auch Aussiedlerinnen und Aussiedler. Außerdem müssen sie über 18 Jahre alt und seit mindestens sechs Monaten mit Hauptwohnsitz in Nürnberg gemeldet sein.

Wenn im Melderegister der Stadt Nürnberg eine (frühere) ausländische Staatsangehörigkeit verzeichnet ist, erhält der/die Wahlberechtigte vom Wahlamt eine Wahlbenachrichtigung. Wer eine Wahlbenachrichtigung erhalten hat, braucht zur Wahl nur die Wahlbenachrichtigung und einen Ausweis mitzubringen.

Die Mitglieder des Integrationsrates werden demokratisch gewählt. Jede/r Wahlberechtigte hat 12 Stimmen und kann jede/n wählen. Dabei können maximal drei Stimmen an einen Kandidaten/ eine Kandidatin vergeben werden.

Geht alle wählen und unterstützt unsere Liste und unsere Genossinnen und Genossen! Jede Stimme zählt und hat Gewicht!

Wahl des Integrationsrates am 13.03.2016



**Einheit durch Vielfalt!  
Gemeinsam gestalten wir unsere Stadt.**

Am 13.03.2016 wird der Nürnberger Integrationsrat neu gewählt.  
Gehen Sie zur Wahl. Gestalten Sie mit.

Wir stellen Ihnen unsere 17 Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Nürnberger Integrationsrat vor. Sie repräsentieren die Vielfalt der SPD Nürnberg. Sie kommen aus unterschiedlichen Ländern, sprechen unterschiedliche Sprachen und stellen für unterschiedliche Themen. Sie vereint aber eins - sie wollen für die nächsten sechs Jahre die Stimme der Zugewanderten sein.

www.spd-nuernberg.de



# Keine Gigaliner auf deutschen Straßen!

## Mehr nachhaltiger Schienengüterverkehr als Entlastung der Straßen

VON MARTIN BURKERT

Seit Beginn des Jahres 2012 sind auf Deutschlands Straßen Lang-Lkws, sogenannte Gigaliner, unterwegs - ein Feldversuch der noch bis Ende 2016



Martin Burkert auf einer Kundgebung gegen Gigaliner vor dem Brandenburger Tor

läuft. So ist es im Koalitionsvertrag festgelegt. Einen anschließenden Regelbetrieb, wie er nun von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt geplant wird, werde ich nicht mittragen. Denn aus ökologischer und wirtschaftlicher Perspektive gibt es zu viele Gründe, die dagegensprechen.

Gigaliner sind bis zu 25 Meter lang und bis zu 44 Tonnen schwer. In anderen europäischen Ländern laufen bereits Tests mit 30 Meter langen und 90 Tonnen schweren Lang-Lkws. Beteiligt sind an dem Versuch derzeit 13 Bundesländer, einige darunter lassen allerdings nur Tests auf festgelegten Teilstrecken zu. Angemeldet sind in Deutschland momentan ca. 130 Lang-Lkws.

Die Konsequenzen eines Regelbetriebs liegen auf der Hand:

- Die Gigaliner setzen einen falschen Anreiz, nämlich für mehr umweltschädliche Lkws auf deutschen Straßen und weniger Schienengüterverkehr.

- Die heute schon überlasteten Straßen und Brücken werden zusätzlich beansprucht.

- Das Sicherheitsrisiko im Straßenverkehr steigt durch die Gigaliner, denn längere Fahrzeuge bringen längere und risikoreichere Überholvorgänge mit sich.

- Für den Umbau der Infrastruktur wäre mit enormen Kosten zu rechnen. Denn bisher sind Nothaltebuchten, Rastplätze, Kreisverkehre und Bahnübergänge nicht auf Gigaliner ausgerichtet.

- Bei den umweltfreundlichen Güterbahnen ist mit dem Verlust tausender Arbeitsplätze zu rechnen.

- Es ist davon auszugehen, dass schon nach kurzem Regelbetrieb, weitergehende Forderungen nach noch länge-

ren und schwereren Lastern wie in Dänemark und Schweden laut werden.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger haben sich bereits mit ihren berechtigten Sorgen über die geplanten Lang-Lkws an mich gewandt. Eine repräsentative Umfrage des Forsa-Institutes bestätigt dieses Stimmungsbild: Drei Viertel der Bevölkerung möchten keine Gigaliner auf deutschen Straßen. Für mich ist ganz klar: Statt Geschenken für die Lkw-Lobby brauchen wir mehr umweltfreundlichen und nachhaltigen Schienengüterverkehr als Entlastung unserer überstrapazierten Straßen. ■

### Terminhinweis

12.04.2016 - 14.00 Uhr

Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten AvS  
Jahreshauptversammlung  
Karl-Bröger-Zentrum  
Wilhelm-Riepekoohl-Raum

Referentin:  
Historikerin Nadja Bennewitz  
„NS-Zwangsarbeiterinnen-Lager Gartenstadt!“

Nürnberg  
SPD

1866 - 2016  
150 JAHRE  
SOZIALDEMOKRATIE  
IN NÜRNBERG



### Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg  
Verantwortlich: Rüdiger Löster  
Redaktion: Thorsten Brehm, Tim Koss,  
Andreas Mittelmeier, dsp@spd-nuernberg.de  
Redaktionsanschrift:  
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,  
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389651  
Der „springende Punkt“ ist die werbefreie  
Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint je-  
weils am Anfang eines Kalendermonats.  
Auflage: 5.500 Exemplare

# Ein Bayern, in dem soziale Verantwortung zählt!

## Winterklausur der SPD-Landtagsfraktion

VON ARIF TASDELEN

Auf unserer Winterklausur im Kloster Irsee haben wir über einen Integrationsfahrplan für Bayern diskutiert. Ganz wichtig ist uns, dass wir bei der Integration zugewanderte Migranten, die schon länger hier leben, im Blick haben müssen, aber auch die übrige Bevölkerung.

### Wir können es besser!

Während wir schon Anfang 2015 unser Integrationsgesetz in den bayerischen Landtag eingebracht haben, hat sich die CSU monatelang dagegen gesträubt. Kein Jahr später versucht die bayerische Staatsregierung sich mit der Erarbeitung eines eigenen Integrationsgesetzes zu rühmen. Wir haben uns als Fraktion mit dem Thema Integration und der Frage nach einem Integrationsgesetz befasst. Als integrationspolitischer Sprecher hatte ich dabei die Federführung. Ich freue mich sehr, dass wir nun endlich auch die bayerische Staatsregierung von der Notwendigkeit eines Integrationsgesetzes für Bayern überzeugen konnten. Meine Hartnäckigkeit trägt erste Früchte.

### Wir brauchen eine Balance zwischen Fordern und Fördern

Zuwanderer müssen etwas dafür tun, sich bei uns zu integrieren. An erster Stelle steht hier das Erlernen der deutschen Sprache. Aber der Staat muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Integration gelingen kann. Dazu gehören Bildungsangebote vom Kindergarten bis zu Kursen für Erwachsene, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, die Schaffung von ausreichend Wohnraum und auch die demokratische Teilhabe.

### Aus Fehlern lernen:

#### Nicht über, sondern miteinander reden!

Wir dürfen nicht dieselben Fehler machen, wie damals in der Gastarbeitergeneration. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie es sich anfühlt, nicht dazu zu gehören. Dingen, die



man nicht kennt, tritt man meist mit Skepsis gegenüber. So entstehen Gräben zwischen Menschen und Kulturen. Stattdessen sollten wir jedoch Brücken bauen! Wir müssen Parallelstrukturen vorbeugen, indem wir Begegnungen ermöglichen und neugierig aufeinander zugehen. Das Zusammen-



Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion

spiel von unterschiedlichen Kulturen birgt Fragen, aber auch Chancen. Unsere freiheitlich demokratische Grundordnung steht dabei nicht zur Debatte. Das bedeutet auch, dass es mit der SPD keine menschenunwürdige Politik geben wird - für Niemanden! Dafür setzen wir uns weiterhin ein. ■

## Termine

05.03.2016 - 09:00 Uhr  
Jahreshauptversammlung  
Unterbezirk Nürnberg  
Uhrenhaus Sandreuth

07.03.2016 - 19:30 Uhr  
Rote Runde Hasenbuck  
Gasthof Süd,  
Ingolstädter Str. 51

08.03.2016 - 19:30 Uhr  
SPD Siedlungen Süd:  
Aktivensitzung  
Gaststätte TSV Falkenheim,  
Germersheimer Str. 86

08.03.2016 - 19:30 Uhr  
SPD Johannis:  
Aktiventreffen März  
im Athos,  
Johannisstraße 118

08.03.2016 - 19:30 Uhr  
SPD Gostenhof:  
Ortsvereinstreff  
Nachbarschaftshaus Gos-  
tenhof, Adam-Klein-Str. 6

08.03.2016 - 19:30 Uhr  
SPD -Nordostbahnhof:  
Treffen  
Istanbul Restaurant,  
Königstr.60

08.03.2016 - 19:30 Uhr  
SPD Eibach-Röthenbach-  
Maiach: Ortsvereinsitzung  
Kulturladen, Röthenbacher  
Hauptstraße 74

08.03.2016 - 19:30 Uhr  
SPD Fischbach:  
Mitgliederversammlung  
Gaststätte TSV Altenfurt,  
Wohlauer Str. 16

## Termine

**09.03.2016 - 19:00 Uhr**  
**AG Migration und Vielfalt**  
 Nürnberg: Sitzung  
 KBZ, Käthe Strobel Raum

**12.03.2016 - 11.00 Uhr**  
**SPD Nordostbahnhof:**  
**Infostand Integrationsrat**  
 Leipzigerplatz 1-3 (ZA-RA  
 Markt), bis 13.00 Uhr

**12.03.2016 - 13.00 Uhr**  
**SPD Nordostbahnhof:**  
**Infostand Integrationsrat**  
 Äußere Bayreutherstr.86  
 (MERCADO), bis 15.00 Uhr

**13.03.16 - 8.00 bis 18.00 Uhr**  
 Wahl des Nürnberger  
 Integrationsrates

**13.03.2016 - 00:00 Uhr**  
**Jahresempfang der AsF**  
 mit Renate Schmidt und  
 Helma Sick, Zeit und Ort  
 werden noch bekannt ge-  
 geben.

**14.03.2016 - 19:00 Uhr**  
**AsF: Sitzung**  
 Südstadtforum  
 Siebenkeesstr. 4

**15.03.2016 - 19:30 Uhr**  
**SPD Leonhard-Schweinau:**  
**OV-Sitzung**  
 mit Stadträtin Yasemin  
 Yilmaz, Restaurant Sa-  
 rajewo (Hinterzimmer),  
 Schwachbacherstr. 53

**16.03.2016 - 19:30 Uhr**  
**SPD Hummelstein:**  
**Aktiventreff**  
 Wirtshaus Galvani,  
 Galvanistr. 10

# Die Stadt-Umland-Bahn: Eine Chance für die Metropolregion

Gastbeitrag von Dr. Florian Janik, OB in Erlangen

Am 6. März stimmen die Erlanger Bürgerinnen und Bürger darüber ab, wie es mit der Stadt-Umland-Bahn zwischen Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach weitergeht. Die Stadt-Umland-Bahn (StUB) bindet große Arbeitgeber in der Region, nämlich Siemens, Areva, Schaeffler, adidas und Puma, sowie große Standorte der Friedrich-Alexander-Universität an ein attraktives, ökologisches und zukunftsfähiges Nahverkehrsangebot an. Sie ist deshalb eine große Chance, um die Pendlerströme in unserer Region zu bewältigen. In Erlangen fällt am 6. März eine Entscheidung, die weit über die Stadtgrenzen hinaus Bedeutung für die gesamte Metropolregion Nürnberg hat.

Erlangen ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort in der Region: 61.143 Berufspendler strömen jeden Tag in die Stadt. Mehr als 175.000 Kraftfahrzeuge überqueren täglich die Erlanger Stadtgrenze. Staus und ein stark belastetes Bussystem sind die Folgen. Der Klimawandel fordert uns Kommunen, attraktive Alternativen zum eigenen Auto anzubieten. Aber auch die Zukunft der Metropolregion als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort hängt stark davon ab: Denn immer mehr junge Menschen verzichten auf das eigene Auto und suchen nach neuen Formen der Mobilität. Herausragende Wissenschaftler und Fachkräfte, die wir für unsere Region gewinnen wollen, kennen aus den Metropolen der Welt hervorragende Nahverkehrssysteme und machen auch die Wahl ihres Arbeitsplatzes von einem modernen Nahverkehr abhängig.

Mit dem Ausbau der S-Bahn, der Einführung des Semestertickets und anderen Initiativen sind wir in den vergangenen Jahren entscheidende Schritte vorangekommen. Doch die Anbindung des Erlanger Uni-Südcampus an die Erlanger Innenstadt und den Nürnberger Norden, die Erschließung großer Arbeitgeber in Erlangen wie AREVA oder Siemens auf dem neu entstehenden Campus im Erlanger Süden und die Anbindung Herzogenaurachs als Standort der Weltkonzerne adidas, Puma und Schaeffler ist nach wie vor

unzureichend. Die Planungen, die die Städte Erlangen, Nürnberg und Herzogenaurach zur StUB gemeinsam vorangetrieben haben, sind eine wichtige Antwort auf diese Herausforderungen der Zukunft. Als Verlänge-



Dr. Florian Janik

rung des Nürnberger Straßenbahnnetzes kann die Stadt-Umland-Bahn wirtschaftlich betrieben werden. Sie schafft nicht nur neue Verbindungen, sondern auch mehr Lebensqualität und Urbanität.

Im vergangenen Jahr konnten wir in Erlangen zusammen mit Kommunen aus Mittel-, Ober- und Unterfranken und aus der Oberpfalz das zehnjährige Bestehen der Europäischen Metropolregion Nürnberg feiern. Weit über die Städteachse hinaus konnten wir in diesen zehn Jahren lernen: Die eng vernetzte Zusammenarbeit ist die große Chance, gemeinsam stark in die Zukunft zu gehen. Das gilt insbesondere auch für die Bewältigung der Verkehrsströme. Die StUB ist deshalb nicht nur ein Beispiel für die hervorragende interkommunale Zusammenarbeit im Großraum. Sie ist ein zentrales Infrastrukturprojekt für Erlangen und die gesamte Metropolregion. ■

# Elefantenrunde zu den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz – jetzt doch mit der AfD!

VON CANAN CANDEMIR

Sicherlich habt ihr die Kontroverse um die Fernsehdebatte zu den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg verfolgt. Der SWR wollte die AfD nicht an den Elefantenrunden zu den Landtagswahlen teilnehmen lassen, weil die Regierungsparteien zuvor angekündigt hatten, allen



voran Malu Dreyer, Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz (SPD) ansonsten fernbleiben zu wollen.

Nach einer bundesweiten Diskussion und viel Kritik am SWR findet die große TV-Debatte letztendlich doch mit allen sechs Parteien statt. Malu Dreyer wird von SPD-Landeschef Roger Lewentz vertreten. Dies hat bei uns Jusos für viel Gesprächsstoff gesorgt. Von einigen wurde Dreyer für ihr Rückgrat gelobt, von anderen wiederum scharf kritisiert.

Einige finden, dass sich die SPD mit ihrem Boykott undemokratisch und kurzfristig verhalten habe. Ein solches Trotzverhalten zeuge von mangelndem Verständnis für unsere Demokratie und sei nichts anderes als Wahlhilfe für die rechten Hetzer\*innen. Der Versuch die AfD von der Show auszuschließen und ihnen den Dialog zu verwehren, würde ihre Anhänger\*innen nur weiter in ihrem Vorurteil der „Arroganten Politik“

und ihrer selbst ausgesuchten Opferrolle bestätigen. Statt sich vor einer Diskussion zu drücken, müsse „die AfD ganz klar im Dialog zerfetzt werden“. Gerade weil es der AfD an handfesten Argumenten fehle, sollte es jedem/jeder SPD-Politiker\*in eine Freude sein, ihr live im öffentlich-rechtlichen Fernsehen mit klaren Sachargumenten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Boykott werde sich in den Wahlen negativ auf unser Ergebnis auswirken.

Andere Jusos wiederum haben die Entscheidung von Dreyer verteidigt. Man brauche mehr Politiker\*innen, die Haltung im Umgang mit Rechtspopulisten zeigen. Die AfD sei für Argumente ohnehin nicht zugänglich und für AfD-Mitglieder zähle Subjektivität weit mehr als Objektivität. Es könne nicht sein, dass die Vertreter\*innen der SPD, der Grünen usw. ihre ganze Redezeit damit verbringen müssen, abstruse Behauptungen der AfD zu widerlegen, statt eigene Inhalte zu vermitteln. Mit der AfD müsse man sich zwar auseinandersetzen aber nicht in diesem Rahmen.

Einige finden, man müsse an einer Debatte mit der AfD teilnehmen, andere meinen, man sollte es zumindest aus taktischen Gründen tun und andere wiederum finden ein Boykott angebracht.

Nach den letzten Aussagen von Petry und von Storch zu Waffeneinsätzen gegen Flüchtlinge muss jedem\*r klar sein, dass die AfD als Vorfeldorganisation für PEGIDA und Co. dient. Besonders bedrohlich finde ich, dass es ihr gelingt Nazis aus sämtlichen Lagern zu bündeln. Meiner Meinung nach sollten wir nicht nur nicht mit der AfD reden, sondern ihr endlich den Nährboden für ihre populistische Politik entziehen. Wie das geht? Am besten mit ehrlicher sozialdemokratischer Politik. ■

## Termine

16.03.2016 - 19:30 Uhr

**SPD Kornburg:**

**TTIP - ein klares NEIN!**

Infoabend gemeinsam mit der ÖDP Kornburg. Referentin: Andrea Dornisch. Saal des Gasthofes Blödel

17.03.2016 - 18:30 Uhr

**SPD Südwest:**

**Politischer Stammtisch**

Sportgaststätte SG Nürnberg Fürth, Regelsbacher Str. 56

29.03.2016 - 19:00 Uhr

**SPD Gartenstadt:**

**Aktivensitzung**

Gaststätte Gesellschaftshaus Gartenstadt, Buchenschlag 1

31.03.2016 - 17:00 Uhr

**AfA: Sitzung**

Käte-Strobel-Sitzungszimmer im KBZ

04.04.2016 - 19:30 Uhr

**Rote Runde Hasenbuck:**

**Jahreshauptversammlung**

Gasthof Süd, Ingolstädter Straße 51

05.04.2016 - 19:30 Uhr

**SPD Laufamholz:**

**Mitgliedertreffen**

SVL Sportheim, Schupfer Str. 81

05.04.2016 - 19:30 Uhr

**SPD Ziegelstein:**

**Ortsvereinsitzung**

Gaststätte TUSPO, Herrnhüttestraße 75

05.04.2016 - 19:30 Uhr

**SPD Reichelsdorf-Mühlhof:**

**Mitgliederversammlung**

Sportgaststätte SV Reichelsdorf.

Historische Orte der Nürnberger Sozialdemokratie

## Luitpoldhain und Luitpoldhalle

VON KERSTIN POMMERIT

Das ehemalige Reichsparteitagsgelände ist kein Ort, den wir auf Anhieb mit der Geschichte der Nürnberger SPD in Verbindung bringen. Doch es gibt hier zwei Orte an denen für die Nürnberger SPD wichtige Ereignisse stattfanden – lange bevor die Nationalsozialisten das Gelände vereinnahmten.

Wir verbinden das Gelände meist mit den Reichsparteitagen, die Adolf Hitler in den Jahren 1933 bis 1938 jährlich hatte stattfinden und dafür das bis dahin beliebte Freizeit- und Naherholungsgebiet im Süden Nürnbergs massiv hatte umgestalten lassen: Kulissenhafte, monumentale Bauten, wie z. B. die Kongresshalle ließen in Vergessenheit geraten, dass es am Dutzendteich einen Leuchtturm, eine Wasserrutsche und einen 1912 eröffneten Tierpark gegeben hatte.

Gleich in der Nähe stand die Luitpoldhalle, eine im Jahr 1906, anlässlich der Bayerischen Jubiläums-Landesausstellung erbaute Halle im Jugendstil. Ebenso 1906 angelegt, der gleich daneben liegende Luitpoldhain mit Wasserteich und Blumenbeeten. Beide Orte instrumentalisieren die Nationalsozialisten für ihre Zwecke: Die

Halle wurde von Naziarchitekt Albert Speer 1935 kurzerhand mit einer Werksteinfassade verblendet und mit Hakenkreuzfahnen geschmückt. Der angrenzende Luitpoldhain wurde zur Luitpoldarena (Baubeginn 1934) umgebaut – ein zentraler Ort für die Nationalsozialisten, an dem Hitler seinen perfiden Totenkult um die sogenannten Opfer des Hitlerputsches inszenierte.

Als die Sozialdemokraten viele Jahre zuvor, am 24. September 1922 an ebengleicher Stelle im Luitpoldhain, eine große Kundgebung zum Einigungsparteitag von MSPD und (Rest-)USPD abhielten (andere Teile der USPD gingen in der KPD auf), hofften die Sozialdemokraten die immer heftiger werdenden Angriffe von rechts eindämmen zu können. Waren es doch unter anderem diese Angriffe, die den Wunsch nach Wiedervereinigung der Sozialdemokraten immer lauter werden ließen (1917 hatte sich die USPD wegen des Streits um Kriegskredite und um die Friedenspolitik abgespalten). Doch die wiedervereinigte SPD verlor schon zwei Jahre später, bei den Stadtratswahlen

im Jahr 1924 die Mehrheit, die sie bis dahin gemeinsam mit der DDP gehabt hatte. Die Liste Streicher erreichte sechs Sitze – die Diffamierungen des Oberbürgermeisters (Luppe) und der Stadtverwaltung hielt auch im Nürnberger Stadtrat Einzug. Nicht einmal drei Jahre vor der Machtergreifung Hitlers war die Luitpoldhalle ein Ort des Feierns für die Nürnberger Sozialdemokraten und Nürnberger Bürger. Sie feierten dort im Oktober 1930 gemeinsam mit dem letzten Reichskanzler der Weimarer Republik, Her-



Von einem Zeppelin aus im Jahr 1927 aufgenommene Luftaufnahme. Zu sehen das Nordufer des Dutzendteiches mit Tiergarten und Luitpoldhalle und Luitpoldhain.

mann Müller, die Eröffnung des neuen Verlagshauses der „Fränkischen Tagespost“. Die Halle, die 16.000 Sitzplätze umfasste, war brechend voll. In der „Fränkischen Tagespost“ hieß es dazu: „Schon lange vor Beginn setzte eine wahre Völkerwanderung ein, sodass bald in der riesigen Halle kein Sitzplatz mehr aufzutreiben war und viele Hunderte sich mit Stehplätzen begnügen mussten.“ ■

# der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang April 2016!